

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Barcha, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Klinge, Köhre, Lindhardt, Popsen, Stauditz, Thron ufm.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Vertrieb: wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 2.—,
ohne Post, einjährig Mk. 20.—. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezueher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Spaltenhöhe 70 Pfg., auswärts 80 Pfg., wochentlicher Teil Mk. 1.50, Reklameteil Mk. 1.50, Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—,
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Bemerkungen nehmen wir entgegen. —
Bestellungen werden von den Aussträgern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Veranstaltung: Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Göttsch & Söhne, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 91

Mittwoch, den 3. August 1921

32. Jahrgang

Amthliches.

Nach dem Geleß über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 und der dazu ergangenen Ausführungsverordnung ist der Bedarf der verorgungsberechtigten Bevölkerung an Frühlgetreide im Wirtschaftsjahre 1921/22 innerhalb der Bezirksverbände auf die Gemeinden und von den Gemeinden auf die Getreidebezeuger umzulegen. Wegen der vorzunehmenden Umlegung ist es notwendig, daß die sämtlichen Getreidebezeuger sofort und längstens bis Donnerstag, den 4. August 1921 mittags 12 Uhr hier anmelden, ob Selbstversorgung beabsichtigt ist. Die Meldungen sind im Meldungsamtzimmer des Rathhauses, Zimmer 11 zu bewirken.
Naunhof, am 1. August 1921. Der Bürgermeister.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gewährung.
Diskontierung und Einlegung von Wechseln und Schecks.
Scheck- und Giro-Verkehr.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Geschäftszeit: 9-11 Uhr. Postfachkonto: Leipzig Nr. 10783.

Schuldienst.

Drabinschriften vom 2. August.

Rohzentransporte für Deutschland.
Berlin. Dieser Tage haben Verhandlungen über die Abführung von neuen Rohzentransporten aus Oberschlesien nach Deutschland stattgefunden. Danach sollen in nächster Woche Rohzentransporte aus Oberschlesien nach Deutschland abgehen. Die Menge der Transporte soll durch einen Vertreter der internationalen Kommission überwacht werden.

Ein Sanitätschiff für Rußland.
Berlin. Das deutsche Rote Kreuz hat zur Erläuterung der Not in Rußland dem russischen Roten Kreuz seine Hilfe angeboten. In kürzester Frist soll zunächst ein Sanitätschiff des deutschen Roten Kreuzes mit ärztlichem Personal und Sanitätsmaterial nach Petersburg abgehandelt werden. Die Bildung einer internationalen Rote-Kreuz-Hilfe für Rußland steht zu erwarten.

Neue polnische Schandstaten.
Weiden. Entgegen einer Veröffentlichung der internationalen Kommission, daß die Ruhe im oberschlesischen Abstammungsgebiet jetzt im allgemeinen hergestellt sei, werden aus den Landorten des Kreises Weiden schwere Mißhandlungen, zahlreiche Verschleppungen und verwegene Raubüberfälle auf Deutschgesinnte gemeldet. Die polnischen Banden, die in den Landorten umherstreifen, terrorisieren in kaum glaublicher Weise die deutschgesinnte Bevölkerung. Die Gemeindevorstände, die diesem Treiben wirksam entgegenzutreten sollen, erweisen sich mit jedem Tage mehr als unzulänglich. In ihnen sind alle verantwortlichen Führerstellen mit Polen oder gar ehemaligen Insurgenten besetzt.

Eine deutsch-polnische „Schlacht“.
Gletwitz. In der Nacht gingen große polnische Banden gegen das nur sieben Kilometer von der Grenze entfernte Dorf Gletwitz vor. Hier kam es zu einer regelrechten Schlacht zwischen Deutschen und Polen, die mehrere Stunden anhielt. Auf beiden Seiten gab es Verwundete. Erst gegen Morgen konnten die Banditen über die Grenze gedrängt werden. Ein Vorstoß polnischer Banden auf Köstlich und Borsdorf blieb durch die wirksame Gegenwehr deutschen Selbstschutzes erfolglos. Die Polen haben in den Grenzorten heute Flugblätter verteilt lassen, in denen sie androhen, für die Verteidigung von deutscher Seite schwere Rache zu üben.

Vier Millionen Wert durch Feuer vernichtet.
Regensburg. Auf dem Holzlagerplatz der Firma Rottmann im Regensburger Umschlaghafen brach gestern ein Großfeuer aus, das Holzvorräte im Werte von mehr als vier Millionen Mark vernichtete.

Millionenschaden durch Waldbrand.
Kürnberg. Ein großer Waldbrand vernichtete in unmittelbarer Nähe von Kürnberg mehrere hundert Hektar Wald im Werte von über einer Million. Der Brand konnte erst nach neunstündiger Tätigkeit von zahlreichen Feuerwehrern, der Polizei und der Reichswehr gelöscht werden. Vermutlich liegt Brandstiftung vor.

Der Seetrugschaden Hollands.
 Haag. Das Bureau zur Feststellung des während des Krieges zur See Holland zugefügten Schadens gibt bekannt, daß sich die meisten von Privatpersonen erhobenen Forderungen gegen England richten (nämlich 2099). Gegen Deutschland richten sich 1274 Forderungen. Sie betreffen 95 Todesfälle; gegen England kommen 46 Todesfälle in Betracht. Der Betrag des durch Deutschland verursachten Schadens beläuft sich auf ungefähr 28 Millionen, der zu Lasten Englands kommende auf 7 Millionen Gulden. Im ganzen sind 716 niederländische Seeleute durch Kriegsunfälle umgekommen.

Sehnsucht nach Frieden.

Nicht am 4., sondern am 8. August soll nun der Oberste Rat zur Entscheidung über Oberschlesien in Paris zusammentreten. Lloyd George hat sich bereit, ihm seinen Segen mit auf den Weg zu geben, indem er die Gelegenheit der Enttarnung eines Kriegerverbündnisses dazu be-

nutzte, um seine Haltung in den letzten Verhandlungen mit Frankreich öffentlich zu rechtfertigen. Gewiß erkenne er die größten Opfer willig an, die Frankreich einen Anspruch darauf geben, daß seine unmittelbaren Interessen Berücksichtigung finden. England habe nur das eine Interesse, daß der so teuer erkaufte Friede ein wirklicher und sofortiger Friede werde. Warum haben anders die Großbritanniern in den europäischen Fragen gehemmt, immer zur Geduld geraten und auf Wähligung gedrängt, wenn nicht deshalb, weil dieser fürchterliche Krieg den Wert des Friedens gelehrt habe? Unseren Kindern sollten wir nicht das Vermächtnis eines konzentrierten Hasses hinterlassen, der eines Tages ausbrechen könne. Aus diesem Grunde werde die ganze Macht des britischen Reiches, die im August 1914 in den Krieg geworfen wurde, heute in die Waagschale des Friedens geworfen.

Diese unbesangenen Worte dürfen als Kommentar zu dem Kompromiß gelten, das Lloyd George in der oberschlesischen Frage mit Frankreich geschlossen hat. Danach soll an Deutschland eine gemeinsame Aufforderung der Ententestaaten gerichtet werden, sich für den Durchtransport alliierter Truppen nach Oberschlesien jeden Tag bereit zu halten. Mit diesem Kompromiß kann, da es das einseitige Begehren Frankreichs ein für allemal erledigt, auch Deutschland zufrieden sein. Den Durchtransport alliierter Truppen zur Erfüllung der im Friedensvertrag begründeten Aufgaben zu erleichtern, ist Deutschland ungewisselhaft verpflichtet, sofern entsprechende Anweisungen von den zuständigen Ententebehörden ausgehen. Ob die Verstärkung der oberschlesischen Besatzung im Augenblick ratsam sei oder nicht, darüber steht uns keine Prüfung zu, ebensowenig aber kann Frankreich für sich allein die Befugnis in Anspruch nehmen, schwerwiegende Fragen dieser Art ohne Zustimmung seiner Verbündeten entscheiden zu wollen. Diesem Sachverhalt ist durch das Kompromiß vollaus Genüge geschehen. Fragt sich nur noch, wie sich der Oberste Rat in der nächsten Woche mit der unbedingten Notwendigkeit, nun endlich die Zukunft Oberschlesiens auf Grund des Abstimmungsresultates zu regeln, abfinden wird.

Der italienische Ministerpräsident hat soeben vor dem Senat die oberschlesische Frage als heikel bezeichnet und von dem Ernst der Lage gesprochen. Italien werde jederzeit den Geist der Verbündlichkeit an den Tag legen, sowie den Geist der Gerechtigkeit und der Achtung vor den Rechten eines jeden. Das sind schöne Worte, die sich schon in ruhigen Zeiten schwer genug verwirklichen lassen. In Paris aber wird fortgesetzt eine Erregung wachgehalten, die allem anderen, nur nicht gerechten Entscheidungen günstig sein kann. Die Ankunft Le Ronds in der französischen Hauptstadt wird sicherlich auch nicht zur Bewichtigung dieser Stimmung beitragen. Lloyd George, der an den Verhandlungen des Obersten Rates persönlich teilnehmen will, wird dort seinen ganzen Einfluß aufbieten müssen, wenn nicht die zu erwartende Entscheidung neues großes Unheil gebären soll. Wie es scheint, denkt er, sich auch für die endliche Aufhebung der Sanktionen (scharf zu machen, eine Absicht, die beinahe gleichfalls sehr wenig den französischen Wünschen entspricht. Und da auch sonstige „Unstimmigkeiten“ mancherlei Art, die auch zwischen den besten Verbündeten unvermeidlich sind, beglichen werden sollen, wird man immer mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß über Oberschlesien nicht nach Recht und Gerechtigkeit, sondern nach den Rücksichten eines Handelsausgleichs um jeden Preis entschieden werden wird.

Engländer wie Franzosen sind sich darin einig, daß aus den Entschleungen des Obersten Rates in erster Linie die Entente unversehrt hervorgehen muß. Unter diesen Umständen wird die Wahl zwischen den offenbar unberechtigten und überdies ganz und gar verderblichen Herrschaftsgelassen der Polen und der wahren Stimmung des oberschlesischen Volkes gewiß nicht leicht zu treffen sein. Aber jedes faule Kompromiß, wie es auch ausfallen möge, wird der Sehnsucht Lloyd Georges nach „wirklichem und sofortigem Frieden“ ernstlich im Wege stehen. Das ist für die Staatsmänner, die dazu berufen sind, das letzte Wort über Oberschlesien zu sprechen, gewiß eine sehr unangenehme Wahrheit. Aber sie sind selber schuld daran, daß es soweit gekommen ist, und müssen nun alle Kräfte ansetzen, über die sie verfügen, dafür einzusehen, daß Recht und Gerechtigkeit in Oberschlesien endlich wieder zur Herrschaft kommen, und daß ihre darauf gegründete Entscheidung von beiden Seiten unbedingt respektiert wird. Gäbe man das oberschlesische Volk nicht bald zwei Jahre lang in dieser fürchterlichen Ungewißheit gelassen, es wäre mit diesem Lande nicht soweit gekommen.

In der Sehnsucht nach Frieden stimmt auch der deutsche Reichskanzler mit dem britischen Ministerpräsidenten vollkommen überein. In einer Unterredung mit einem amerikanischen Journalisten wies er mit Recht auf den Irrsinn hin, der die europäische Politik immer noch kennzeichnet, da Frankreich nichts Besseres zu tun wisse, als Deutschland anscheinend absichtlich jede Woche einen neuen Schlag ins Gesicht zu versetzen. Das müsse unvermeidlich zum Sturz der Berliner Regierung führen, und ob danach die äußerste Rechte oder die äußerste Linke triumphiere, der Friede der Welt werde in jedem Falle unterhöhlt werden. Jeder deutsche Strazalehrer verhebe ohne wei-

teres, wo in der oberschlesischen Frage Recht und Unrecht liegen, aber Frankreich beharre hier auf seiner einseitigen Polenpolitik. Man kann nur wünschen, daß die Gleichartigkeit der Grundanschauungen in London und Berlin, wie sie in diesen Äußerungen zum Ausdruck kommt, auch in den Entscheidungen des Obersten Rates zum Siege gelangen möge.

„Nie wieder Krieg!“

m. Berlin, 1. August 1921.

Der 31. Juli — ein Schicksalstag! Wohl der schwerste und einschneidendste, den unsere Generation erlebt hat. Wie sollte an einem solchen Tage sich nicht alles Denken rückwärts wenden, um noch einmal die weltgeschichtlichen Stunden jener Sommertage von 1914 sich vor Augen zu rufen, um zu überschauen, wie grauenvoll seitdem der Weg des deutschen Volkes nach einer Reihe von Jahren voll Ehre und Heldentum dennoch in die Tiefe führte, und um zugleich alle moralischen Kräfte des Volkes aus diesen Betrachtungen neu zu beleben und in dem Streben nach besserer Zukunft zusammenzufassen! Das alles ist echt menschlich und aus der Natur des warm empfindenden deutschen Herzens durchaus verständlich, aber die Wege, an die der einzelne bei diesem aus der Erinnerung an schweres Schicksal geborenen Wunsche nach einer helleren Zukunft denkt, sind dennoch sehr verschieden.

Das lehrte auch der siebente Jahrestag des Kriegsausbruchs, der in Berlin Anlaß zu einer „Rassenscheidung“ bot, bei der sich wohl über 100 000 Menschen unter dem Losungswort „Nie wieder Krieg!“ vereinigten. Einberufen war die Riesenversammlung von den Mehrheitssozialisten, den Unabhängigen, der Gewerkschaftskommission, dem Friedensbund der Kriegsteilnehmer, der deutschen Friedensgesellschaft, der Deutschen Liga für Völkerverständigung, dem Reichsbund der Kriegsschädigten und weiteren 16 Organisationen. Etwa 30 Redner sprachen gegen den Reuandgeißel und für eine friedliche Außenpolitik, für einen neuen Geist der Jugendziehung und für die Sicherung der republikanischen Staatsform. Alle Redner hoben hervor, daß der Krieg weitergehe, so in Polen und in der Türkei. Immer noch schwächelten zahlreiche Kameraden in der Gefangenschaft, bei Siegen und Besiegten sei der wirtschaftliche Druck ungeheuer. Ungeheuer seien auch die Menschenopfer und die finanziellen Verluste. Der Kriegsgedanke müsse allgemein bekämpft werden. Das wichtigste sei die Propaganda für die Verweigerung des Kriegsdienstes, der Munitionsherstellung und der Waffentransporte.

Man erkennt schon aus diesem Inhalt der Reden, daß die hier vorgeschlagenen Wege selber eine gewisse Einseitigkeit zeigen und nicht geeignet erscheinen, das vorstehende Ziel wirklich zu erreichen. Es wird niemandem geben, der nicht dem Wunsche aus tiefstem Herzen zustimmen würde, daß nie wieder Krieg die Menschheit zerküßeln möge, aber ebensowenig kann man leugnen, daß das zu Boden geworfene Deutschland am wenigsten in der Lage ist, der immer noch in Waffen starrenden Welt der Entente die seinen Friedenswillen aufzuzwingen. In den weiter reichstehenden politischen Kreisen wird daher die große Kundgebung vom Sonntag mit ziemlich viel Zurückhaltung beurteilt und vielmehr der Gedanke geltend gemacht, daß man in so bedrückter Lage auch darauf bedacht sein muß, nicht völlig wehrlos immer tiefer unter das Joch der „Sieger“ zu kommen, und daß jede Friedenskundgebung von unserer Seite leerer Schall bleiben muß, solange nicht die augenblicklichen Mächte dieser Erde den gleichen Friedenswillen zeigen.

Besonders bezeichnend aber ist es, daß auch auf dem linken Flügel der Sozialisten und Pazifisten Widerspruch laut wurde, und zwar nicht nur in Form von Zweifeln, sondern in Gestalt eines offenen Kampfes. Die Kommunisten wollen nichts vom Frieden wissen. Sie fordern am Tage der großen Kundgebung vielmehr laut zum Klassenkampf und zum Kriege um die Weltrevolution auf! Wer will unter solchen drohenden Anzeichen kommen der „Geschäftierungen“ folgen? Reicht es da nicht, auch künftig abwehrbereit auf der Wacht zu sein?

In Deutschland ist der Friedensgedanke verhältnismäßig am stärksten verbreitet. Das beweist schon der Umstand, daß nicht weniger als 300 derzeitige Kundgebungen wie in Berlin auch in anderen deutschen Städten veranstaltet wurden. Daß diese Idee auch in anderen Staaten Angehörige hat, geht daraus hervor, daß in einzelnen Orten Englands, Amerikas und Frankreichs ähnliche Versammlungen stattfanden, doch ist die Bewegung in diesen Ländern nicht so verbreitet wie bei uns. Bemerkenswert ist eine Versammlung in Paris, bei der der bekannte deutsche unabhängige Abgeordnete Crispian um Gedächtnis des ermordeten Sozialistenführers Jaurès sprach, der seinerzeit unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges ermordet wurde.

Unter der Geißel des Hungers.

Das Elend der russischen Flüchtlinge.
Wenn man die mancherlei politischen Schwierigkeiten berücksichtigt, die einer internationalen Diskussion für das